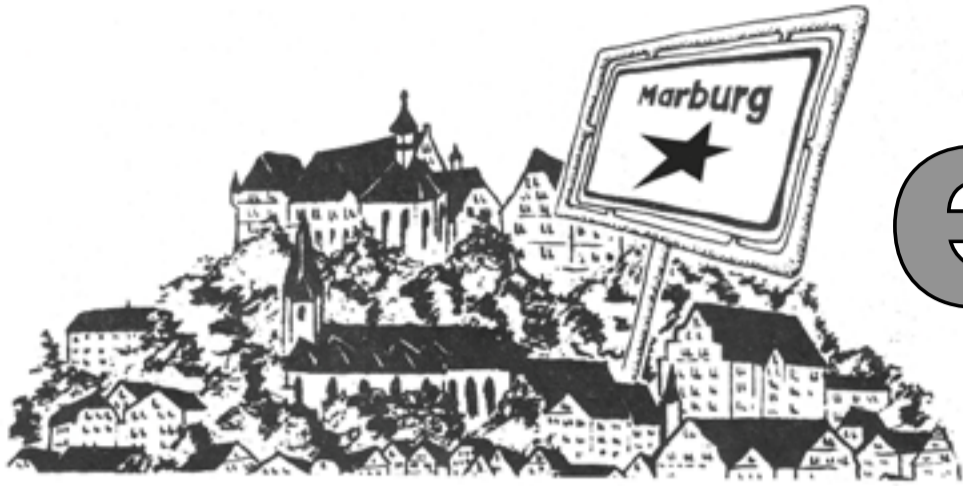


# marburger echo



Zeitung der DKP – Marburg

Februar/März 2005 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI #02

Privatisierung & 42-Stundenwoche:

## Was wird aus den Kliniken?

**Kürzlich hat sich in Marburg eine Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“ gegründet. Bereits am 15. Dezember fand eine Demonstration gegen die Einführung der 42-Stunden-Woche am Klinikum statt.**

Wie hängt beides zusammen? Der Hessische Landtag hat beschlossen, daß 2005 die Kliniken in Gießen und Marburg fusioniert und anschließend zum Verkauf angeboten werden. Mehrere kapitalstarke Betreibergesellschaften sollen interessiert sein.

Es handelt sich um große Kapitalsammelstellen. In ihre Fonds fließen Gelder, die unter anderem auch durch Senkung der Lohnnebenkosten und Steuererleichterungen frei wurden – also durch die Ursachen dafür, daß die gesetzlichen Krankenkassen und der Staat zur Zeit so klamm sind.

Diese Gründungsphase ist vorbei, inzwischen machen die privaten Kliniksbetreiber Gewinne. Nach der Übernahme der staatlichen Krankenhäuser dürften sie zu diesem Zweck wohl folgende Mittel anwenden:

Es wird rationalisiert werden. Niemand bestreitet, daß es zu Personalabbau kommen wird, und zwar auch dann, wenn be-

triebsbedingte Kündigungen zunächst vermieden werden. Befristete Verträge werden wohl oft nicht verlängert.

Druck auf Löhne und Arbeitszeiten gibt es jetzt schon unter staatlicher Regie, zum Beispiel eben auch die angekündigte 42-Stunden-Woche. Für die potentiellen Käufer ist das ein Anreiz. Im Börsenjargon: „Die Braut wird geschmückt“.

Das Gesundheitswesen war bisher eine Jobmaschine. Ihr Tempo könnte sich verlangsamen. Das wird sich in den Regionen auf den Arbeitsmarkt auswirken, deren Ministerpräsidenten und Kommunalpolitiker der Privatisierung im übrigen viel abgewinnen

können. In Marburg und Umgebung würde die Erwerbslosigkeit zunehmen.

Zusatzgewinne mögen sich in der ersten Zeit daraus ergeben, daß anderen, weiterhin öffentlichen Kliniken Marktanteile abgejagt werden. Das hat Grenzen – spätestens dann, wenn durch weitere Privatisierungen sich die Konkurrenz verschärft.

Ist die Zitrone ausgequetscht, wird vielleicht anschließend wieder verkauft. Bis dahin wird das Personal gedrückt. Die Erfahrungen, die in anderen Ländern mit den Kliniks-Betreibern „Helios“ und „Asklepios“ gemacht wurden, sind nicht gut.

Mag sein, daß auch hier nichts



so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde – dies aber nur dann, wenn die Öffentliche Hand im Spiel bleibt. Dann wird eine stationäre Grundversorgung eben doch mit Steuermitteln aufrechterhalten werden müssen, ebenso Forschung und Lehre. Wir kennen das schon von der einen oder anderen Privatuniversität, die sich anfänglich rühmte, daß sie sich selbst ernähren könne, inzwischen aber längst am staatlichen Tropf hängt.

Das könnte bei dem Klinikverkauf ebenfalls herauskommen. Privatisierung macht nämlich nur dann richtig Spaß, wenn die nichtprofitablen Bereiche sozialisiert sind oder bleiben.

Läßt sich die Verramschung der Krankenhäuser mit den üblen Folgen für die dort Beschäftigten abwenden? Vielleicht. Zum Beispiel dann, wenn es gelingt, die 42-Stunden-Woche doch noch zu stoppen. Dann werden „Helios“, „Asklepios“, die Rhönklinik und andere Kapitalgesellschaften mit Gesundheits-Vorwand vielleicht gar nicht mehr so große Lust auf Krankenhäuser haben, deren bisheriger Eigentümer, das Land Hessen, das Personal nicht rechtzeitig klein kriegen konnte. **Georg Fülberth**

### ARBEIT & SOZIALES

- Wem nützen Studiengebühren und wem nicht?

### BERICHT

- Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin

### INTERNATIONALES

- US-Wahl
- Chávez für Sozialismus

### DISKUSSION

- Rückzug des Staates aus der Wirtschaft?

### KOMMUNALES

- Schließung des Collegium Gentium als Politikum?

### KULTUR

- Wie klingt der Kommunismus?

## Kriegstreiber bringen Parlament auf Kurs

Kurz vor Ende letzten Jahres wurde vom Bundestag unter geringem Interesse der bürgerlichen Medien mit rot-grüner Mehrheit das „Parlamentsbeteiligungsgesetz“ verabschiedet. Schröder, Struck, Fischer und ihre Parteisoldaten haben somit dafür gesorgt, dass die Bundeswehr jetzt noch schneller und reibungsloser in der schnellen Eingreiftruppe der NATO sowie in den geplanten „battle groups“ der EU weltweit eingesetzt werden kann. Nach dem wahltaktischen „Nein!“ zum Irak-Krieg zeigt sich hier mal wieder die Fratze der Sozialdemokratie und ihrer grünen Vasallen. Die Bebelische Forderung „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ war ohnehin schon im August 1914 obsolet, das Streben nach dem „Platz an der Sonne“ gestern wie heute die oberste Maxime. „Die USA und die Bundesrepublik sind durch gemeinsame Werte verbunden“, ließ die amerikanische Außenministerin Rice am 04. Februar als Bushs Emissarin in Berlin verlauten. Wie diese Werte aussehen ist bekannt – die Alternative kann nur lauten: statt sozialer Demontage und Aufrüstung, Umverteilung von oben nach unten!

(mg)

## Pit Metz (PDS/ML) zum Ausgang der Marburger OB-Wahl



**Welche Erwartungen hast du an den neuen Oberbürgermeister, wenn er zum 1. Juli sein Amt antritt?**

Ich erwarte, dass Egon Vaupel auf einige Forderungen der PDS/

MarburgerLinke positiv reagieren wird, z. B. auf die nach Gewinnabschöpfung der Sparkasse. Dies ist gesetzlich möglich, bei der Gewinnsituation der Sparkasse vertretbar und angesichts der kommunalen Finanzsituation finanziell geboten. Wir – ich meine die Marburger Linke/PDS – erwarten, dass er weiteren Privatisierungen öffentlicher Unternehmen einen Riegel vorschiebt. Hier haben sich SPD/Grüne in den letzten Jahren in ihren Zuständigkeiten wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert. Die Stiftung St. Jakob, das „Softwarecenter“ oder die Stadtwerke sind zwar nicht im klassischen Sinne privatisiert worden, aber sie haben eine private Rechtsform erhalten – mit allen negativen Folgen für

die Stadt. Egon Vaupel unterstützt die Initiative „Keine Privatisierung der Unikliniken“; damit hat er ein gutes Zeichen gesetzt und lässt hoffen. Das zeigt aber auch, wie wichtig der Druck von links ist.

**Die Wahlbeteiligung lag unter 50 Prozent...**

Für die Demokratie ist das nicht gerade ein Aushängeschild. Alle Kommunalpolitiker sagen, Politik werde vor Ort gemacht. Hier sehe der Bürger, was Politik leiste und was nicht, hier könne er mitmachen und eingreifen. Der jetzige Oberbürgermeister ist mit einem Viertel der Stimmen aller Wahlberechtigten gewählt worden und hat trotzdem eine absolute Mehrheit. Wir haben nicht

nur im Wahlkampf gefordert, dass wir neue demokratische Beteiligungsformen entwickeln müssen, dass Bürgerversammlungen mit Rechten ausgestattet sein sollen, z.B. einen Haushaltsausschuss mit Bürgerbeteiligung. Kurzum: dass also die Bürger nicht nur gut informiert, sondern auch real beteiligt sind.

**Du hast 5,1 Prozent der Stimmen erzielt. Worauf führst du diesen Achtungserfolg zurück?**

Wir haben wesentlich zur inhaltlichen Auseinandersetzung über Privatisierung oder Armut und Reichtum in der BRD, mit den Folgen eben auch für Marburg, beigetragen. Wir haben deutlich gemacht, dass Hartz IV bezogen

auf die Arbeitswelt nur die Spitze eines Eisbergs ist. So hat die PDS/ML einen Antrag im Stadtparlament eingebracht, wie der Einsatz von sog. 1-Euro-Kräften im Zuge von Hartz IV geregelt werden soll. Wenn die Stadt 1-Euro-Jobs einrichten will, soll sie das nur unter ganz bestimmten Bedingungen, auch arbeitsrechtlich gesehen, tun können, damit sich diejenigen, die aus der Not heraus solche Jobs annehmen, sich nicht als rechtlose Anhängsel in den Betrieben wiederfinden. Dies verhindert nicht die grundsätzliche Kritik an dieser Entwicklung.

Die Fragen für das Marburger Echo stellte **Herwig Selzer**.

## Kurzmeldungen

### Europa in schlechter Verfassung

Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der EU den Entwurf einer Verfassung für Europa, der nun zur Ratifikation den Parlamenten und in manchen Ländern der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. In der Verfassung soll die Militarisierung der EU und eine neoliberale Wirtschaftsordnung festgeschrieben werden. Aufrüstung, Sozial- und Demokratieabbau erhalten Verfassungsrang. Die bundesweite Friedensbewegung hat in Tübingen ein Büro eingerichtet, um eine Kampagne gegen die Verfassung zu koordinieren:

[www.eu-verfassung.com](http://www.eu-verfassung.com)

### Wi(e)der Berufsverbote

Im vergangenen Jahr wurde der Heidelberger Lehrer Michael Csaszokóczy (Abschlußnote 1,8) nicht in den Schuldienst übernommen, weil er „nicht die Gewähr bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt“. Grundlage war die Bespitzelung des Lehrers durch den Verfassungsschutz seit 1992. In dieser Zeit habe er einige antifaschistische und Antikriegs-Demonstrationen angemeldet und sei in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg tätig gewesen.

[www.gegen-berufsverbote.de](http://www.gegen-berufsverbote.de)

## ARBEIT & SOZIALES

### Studiengebühren:

# Wem nützen und wem schaden sie?

*Kaum hatte das Bundesverfassungsgericht Studiengebühren erlaubt, da wollte Ministerpräsident Koch sie auch haben. Sie dürften ruhig auch ein bisschen höher sein als anderswo. Es gibt da aber ein kleines Problem: die Hessische Verfassung. Dort steht in Artikel 59: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“*

Da trifft es sich gut, daß die Hessen-CDU ohnehin eine Verfassungsrevision betreibt. Man fragt sich, wie sie dafür eine qualifizierte Mehrheit hinkriegt. Geht das überhaupt ohne die SPD?

Die allgemeine Schulpflicht beruht auf der Annahme, daß die Fähigkeit zum Lesen, Schreiben und Rechnen, auch wenn sie individuell erworben und genutzt wird, ein öffentliches Gut ist. Sie kommt den einzelnen Ausgebildeten zugute, ist aber zugleich ein Stück Infrastruktur, die u.a. auch von Zeitungen (sie brauchen Leser) und den Arbeitgebern (diese können auf gut ausgebildetes Personal nicht verzichten) in Anspruch genommen wird. Deshalb ist die Grund- und Hauptschule seit Jahrhunderten gebührenfrei.

In dem Maße, wie nicht nur die Fähigkeit zum Lesen, Schreiben und Rechnen ein öffentliches Gut war, sondern auch Wissenschaft unerlässlich ist für eine funktionierende Infrastruktur wurde – Schlagwort: „Wissensgesellschaft“ –, verschwand nach 1950 in der Bundesrepublik nach und nach das Schulgeld für Gymnasien, dann wurden überdies die Studiengebühren abgeschafft.

Als Argument für ihre Wiedereinführung wird unter anderem auf

die Tatsache verwiesen, daß eine akademische Ausbildung, auch wenn sie Teil eines öffentlichen Gutes war, zugleich denjenigen, die sie erhalten, in der Regel höhere Einkünfte verschafft. Eine gerechte Besteuerung hätte das verhindern können, wurde aber vermieden.

Der Widerspruch, daß Kindergartengebühren gezahlt werden müssen, während das Studium bisher (fast) kostenfrei war, ließe sich auch dadurch auflösen, daß die Vorschulerziehung ebenfalls als öffentliches Gut, das nicht länger kostenpflichtig ist, behandelt wird. Selbstverständlich ist das nur mit weiteren Steuern zu machen – es sei denn, der Staat zieht sich aus der Hochschulfinanzierung zurück und subventioniert mit dem gesparten Geld Kindergärten, die dann gebührenfrei werden.

Für die öffentlichen Hände wäre dies ein Nullsummenspiel. Es gäbe dann vielleicht ein paar sehr reiche Universitäten mit wohlhabender Klientel. Sie könnten sich sogar Stipendien für Hochbegabte aus einkommensschwachen Familien leisten. Viele Hochschulen aber wären arm. Mag sein, daß einige schließen müssten.

Die jetzt zu erwartenden Neuregelungen können dazu führen, daß junge Leute in einem solchen Maß vom Studium abgeschreckt werden, daß wissenschaftliche Bildung nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht. Dies soll durch kostengünstige Kredite verhindert werden. Da die Studierenden aus ärmeren Familien nach ihrer Ausbildung



mit Schulden beladen sind, werden sie dennoch zurückhaltend sein. Das Versprechen, Zins und Tilgung würden erlassen, wenn man nicht genug verdient, zieht wenig. Wer hofft schon auf eine Karriere als Sozialhilfe-Empfänger?

Nebenbei kann überlegt werden, ob die Studierendenschaft unter solchen Bedingungen wieder nach rechts geht, sodaß ihre relativ linke Phase ab 1945 nur eine Episode war. Das muß aber nicht sein. In den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zum Beispiel hatte die britische Universität Cambridge, in der man nur studieren konnte, wenn man reiche Eltern oder ein Hochbegabten-Stipendium hatte, eine so radikale Studierendenschaft, daß es als „das rote Cambridge“ galt.

Und umgekehrt: auch die gebühren-

freien Studis haben in den vergangenen Jahr schon aufgehört, so arg links zu sein. Sie bewegten sich zur Mitte hin. Im Wintersemester 1997/98 streikten sie zwar für bessere Studienbedingungen, aber einige von ihnen sagten auch klar, daß gegen die Überfüllung nicht nur durch mehr Staatsknete etwas getan werden könne, sondern auch durch Aussonderung der Faulen und Schwachen. Sie werden bekommen, was sie begehrt: den numerus clausus gibt es schon, und Studiengebühren wären die Krönung.

Für Stadt und Landkreis ist das allerdings nicht gut. Studiengebühren werden nicht nur die Zahl der Studierenden senken, sondern auch die Kaufkraft. Das wird Arbeitsplätze kosten.

**Georg Fülberth**

## BERICHT

# Reflektion über Sandburgen

### Die 10. Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin

Am 8. Januar jährte sich die von der Tageszeitung „junge Welt“ veranstaltete Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin bereits zum 10. Mal. Anlässlich des Todestages der Sozialistin fanden sich ab dem Vormittag so illustre Gäste wie Juan Carlos Frometa aus Kuba, der Schriftsteller Christian Geissler oder die amerikanische Soziologin Angela Davies ein. Doch nicht nur für das intellektuelle Wohlbefinden war gesorgt, denn neben den Rednern wurde den etwa 1000 Gästen eine Vielzahl linker Informations- und Merchandising-Stände geboten, sowie ein musikalisches Abendprogramm mit den anarchistischen Spaß-Guerillas von Chumbawamba und ihren „englischen Rebellen-Liedern“. Wie jedes Jahr stand die Konferenz unter dem Motto „Eure Ordnung ist auf Sand gebaut“, einem

von 1919 stammenden Ausspruch Rosa Luxemburgs. Mit Ausnahme des selbsternannten „Dunkelmanns“ Christian Geissler war dies auch eines der Leitmotive der Redner dieses Tages: Die Möglichkeit von Widerstand angesichts einer nach innen und aussen zunehmend aggressiver werdenden kapitalistischen Politik. Eine Erfolgsmeldung von den sozialen Kämpfen in Lateinamerika überbrachte der bolivianische Abgeordnete Iván Morales, in dessen Heimatland der geistige Bankrott des Neoliberalismus von einem Erstarren sozial progressiv orientierter Bewegungen begleitet wurde. Juan Carlos Frometa betonte die enormen Fortschritte, die sein Land im Bereich von Bildung und medizinischer Versorgung gemacht hat und zeigte auf, daß selbst in dem Teil der Welt, welcher von

den neoliberalen Umwälzungen mit am schlimmsten betroffen ist, sich dennoch Alternativen und Handlungsspielräume eröffnen. Letztendlich sei es die Macht der Ideen, die über die sozialen Kämpfe der Zukunft entscheiden würde. Die frenetisch begrüßte Angela Davies schließlich betonte in ihrer Rede die Notwendigkeit, lokalen Widerstand zu verknüpfen mit einem fundamentaloppositionellen Programm gegen die kapitalistische Globalisierung und für eine sozialistische Weltordnung, in der die Ausbeutung nicht mehr der Maßstab menschlichen Handelns sei. Ein Resumée des Tages zog sie mit den abschließenden Worten: „Schreiten wir voran zu wirklicher Demokratie.“

**Florian Rabitz**

Anzeige

## Das Volksfest 2005

Unsere Gäste sagten:  
Das interessanteste  
Volksfest der Linken.  
Das spannendste  
Volksfest der Linken.  
Das schönste  
Volksfest der Linken.



Im Sommer 2005 findet das 14. UZ-Pressfest – Volksfest der DKP statt.

Es wurde zum größten Fest der Linken in Deutschland.

Also Termin vormerken:  
24.-26. Juni 2005  
Dortmund  
Revierpark Wischlingen

Zur Finanzierung des Festes bieten wir einen Button an: Preis 5 Euro. Spenden bitte an: DKP-Parteivorstand Essen, Stichwort „UZ-Fest“, GLS-Bankkonto 400 24 87 510, BLZ 430 609 67

INTERNATIONAL

## Ring frei zur zweiten Runde

### Konservative Konterrevolution

Die US-Präsidentschaftswahlen vom 03. November 2004 haben bestätigt, was zu befürchten war: Die „konservative Konterrevolution“ geht weiter, vermutlich ungenierter als in den vier Jahren zuvor. Im kommenden Haushaltsjahr planen George W. Bush und seine Gefolgsleute Einsparungen in Milliardenhöhe, u. a. bei Sozialprogrammen, dem Umweltschutz, bei der Bildung



und bei Subventionen. Dagegen sollen die Ausgaben für das Militär und die Heimatverteidigung steigen.

Mit 3,5 Millionen Stimmen lag Bush bei den Wahlen vor seinem demokratischen Herausforderer Kerry. Dazu beigetragen hat sicherlich der gruselige Umstand, dass die wichtige Gruppe der wiedergeborenen Christen und der Evangelikalen in Bush eine moralische Überinstanz sahen. Es gibt ca. 40 Millionen Amerikaner, die sich als wiedergeborene Christen bezeichnen. Das sind Leute, die nicht durch die Erziehung als Kind, sondern durch eine Art Erweckungserlebnis erst später, dafür aber bewusst zum Glauben gefunden haben. Es gab nur ein Thema, das diese Leute neben dem Irak-Krieg und dem Kampf gegen den Terror noch mehr interessierte – das war die Debatte um die Homo-Ehe. Bei den Volksabstimmungen im November erteilten die Wähler in elf Bundesstaaten Bestrebungen zur Zulassung der Homo-Ehe eine klare Absage. Hoch sympathisch war diesen klugen Wählern mit Sicherheit auch der im Herbst 2001 hastig

durch den Kongreß gebrachte Patriot-Act. Er schränkte die traditionellen Bürgerrechte drastisch ein und gab den Behörden neue Mittel in die Hand, um ohne konkreten Verdacht in die Privatsphäre der Amerikaner einzudringen. So kann ein Bürger, der sich in einer Bibliothek ein als „gefährlich“ eingestuftes Buch ausleiht, in die Fänge des FBI geraten und als Terrorverdächtiger mit allen technischen Mitteln überwacht werden.

Es ist der Hohn der Zeitgeschichte, dass Bush im 25. Jahr der Entmachtung von Schah Reza Pahlawi, einem der

brutalsten Autokraten der Nachkriegszeit, Hilferufe aus dem Iran, direkt an seine Regierung gerichtet, gehört haben will.

Zur Erinnerung: Im August 1953 stürzte der amerikanische Geheimdienst CIA den nationalistischen iranischen Premierminister Mohammed Mossadegh und machte den fügsameren Schah zum starken Mann im Land.

Gegen die autokratische, korrupte und proamerikanische Politik protestierten Millionen von Menschen. „Ich bin müde und brauche eine Pause“, sagte Reza Pahlawi, als er am Mittag des 16. Januar 1979 am Teheraner Flughafen eintraf, um das Land für immer zu verlassen. Danach errichtete Ayatollah Chomeini den islamischen Staat – das Mittelalter sandte Grüße.

Dass sich nun ausgerechnet die USA den Oppositionellen im Iran als Freund und militärischer Helfer anbietet, ist schon eine einzige Dreistigkeit. Wie wir alle wissen, hat Bush in den letzten Jahren ähnliche „Hilferufe“ aus Afghanistan und Irak vernommen und postwendend reagiert. Die Pause scheint vorüber zu sein.

Herwig Selzer

DISKUSSION

## Rückzug des Staates aus der Wirtschaft?

Offt ist in den letzten Jahren zu hören, wir hätten es gegenwärtig mit einem „Rückzug des Staates aus der Wirtschaft“ zu tun.

*Nach dem Zweiten Weltkrieg, so wird gesagt, wurde in den kapitalistischen Industriestaaten ein umfassendes soziales Netz aufgebaut, das die Marktmechanismen zügelte. Seitdem Anfang der 80er Jahre jedoch eine Reihe extrem konservativer Regierungen das Ruder übernahmen – Kohl in Deutschland, Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA –, wird eine „neoliberale“ Politik betrieben; diese läuft angeblich darauf hinaus, dass der Staat die Ökonomie „entfesselt“, „dereguliert“ etc. Von rechts wird dies als Forderung erhoben, von wohlmeinenden Linken hingegen wird es beklagt und gefordert, der Staat müsse endlich wieder seiner sozialen Verantwortung nachkommen.*

*Dass selbst brillante Geister diesen Formeln aufsitzen, zeigt etwa der Soziologe Pierre Bourdieu, der führende Theoretiker der französischen Anti-Globalisierungsbewegung: „All das, was man unter dem deskriptiven und zugleich normativen Begriff der ‚Globalisierung‘ fasst, ist keineswegs das Ergebnis zwangsläufiger ökonomischer Entwicklungen, sondern einer ausgeklügelten und bewusst ins Werk gesetzten, sich ihrer verheerenden Folgen allerdings kaum bewussten Politik... Sie will nichts anderes als die Staaten und ihre Bürger den derart entfesselten Gesetzen der Ökonomie unterwerfen... dass diese (die Staaten, H.B.) ihre frühere Kontrolle über die Kräfte der Ökonomie Schritt für Schritt aufgegeben haben.“ (Bourdieu, Gegenfeuer 2, S.62/63).*

*Jedoch: Schaut man sich die gegenwärtige politische Entwicklung einmal an, merkt man, dass mit der These vom Machtverlust des Staates irgendetwas nicht stimmen kann. Genug Macht hat er nämlich schon, mit „Hartz 4“ das gewaltigste Verarmungs- und Zwangsarbeitsprogramm*

*in der Geschichte der BRD einzuführen; genug Macht hat er auch, um über die Schaffung günstiger Konkurrenzbedingungen für das heimische Kapital Exportweltmeister zu werden. Es ist nämlich keineswegs so, dass der Staat dazu da wäre, uns Gutes zu tun, sondern er ist notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Verhältnisse. Er sorgt für den einigermaßen reibungslosen Ablauf des Kapitalwachstums, indem er den Privateigentümern (von Produktionsmitteln oder Arbeitskraft) vorschreibt, wie sie miteinander konkurrieren dürfen, ohne den Bestand des Gesamtsystems zu gefährden; und er sorgt auf dem Weltmarkt für Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals gegenüber dem Kapital anderer Staaten. Dazu muss er keineswegs durch böse Konzernlobbyisten gezwungen werden, sondern hat selbst ein Interesse daran, da das Wachstum des eigenen Kapitals auch seine Macht gegenüber anderen Staaten stärkt.*

*Die Art und Weise dieser Regulierung kann sich natürlich ändern: So war der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit dazu da, zeitweilig (durch Krankheit, Arbeitslosigkeit etc.) aus dem Produktionsprozess ausgeschlossene Arbeitskräfte für ihre Wiedereingliederung fit zu halten; heute gibt es jedoch einen Sockel an dauerhaft Ausgeschlossenen, und logischerweise werden die Sozialausgaben für diesen Teil der Bevölkerung als überflüssiger Ballast empfunden. Immer war der Staat aber funktional notwendiger Bestandteil des Kapitalismus, nie der edle Behüter unseres Glücks.*

*Statt also an die „soziale Verantwortung des Staates“ zu appellieren, sollten wir lieber eine radikale Kapitalismuskritik leisten, in einem ist!*

Heiko Bolldorf

KOMMUNALES

## Wohnheim - schließung als Politikum?

Das an der Gutenbergstraße 18 gelegene internationale Studierendenwohnheim „Collegium Gentium (Pablo Neruda)“ (CG) soll aus „brandschutzrechtlichen Gründen“ in Büroräume des Fachbereiches Psychologie umgewandelt und damit geschlossen werden.

Neben dem Wegfall günstigen Wohnraumes für (nichtdeutsche) Studierende würde damit auch ein Stück von Marburgs linker Tradition für immer verschwinden. Als 1949 die amerikanische Befreiungsarmee den Grundstein für das „Collegium Gentium“ legte, war der Auftrag dieses Wohnheimes klar: Um die deutsche Studierendenschaft zu entnazifizieren, sollte es deutschen Studierenden ermöglicht werden, durch einen gemeinsamen Alltag mit KommilitonInnen nichtdeutscher Herkunft über den braunen Tellerrand hinaus zu blicken. Somit sollte auch das Marburger CG einen eindeutigen Beitrag zur „Reeducation“ (geistige Umerziehung) einer Studierendenschaft leisten, welche durch aktive Teilnahme oder gesichtslose Passivität das Nazi-Regime gestützt hatte. Folglich wird in der Satzung der Stiftung „Collegium Gentium Marburg/Lahn“ „Demokratie, weltoffener Geist und studentische sowie nationale Vorurteilslosigkeit“ postuliert, welcher sich die BewohnerInnen bis heute verpflichtet sieht. Die basisdemokratische Selbstverwaltung der HeimbewohnerInnen und eine 50-Prozent-Quote bezüglich der Aufnahme von Frauen und Männern sowie Deutschen und Nichtdeutschen untermauern den hierarchiefreien, antisexistischen und antirassistischen Charakter des Wohnheimes.

Schon in den 70ern bestand die Intention, das Wohnheim in seiner besonderen Art zu schließen und an das Studentenwerk anzugliedern. Dieses Vorhaben konnte allerdings auf Druck einer politisierten Öffentlichkeit abgewendet werden. Heute sprechen angeblich brandschutztechnische Mängel einer weiteren Nutzung der Räumlichkeiten entgegen, was allerdings aufgrund eines Gutachtens nicht belegt werden konnte. Umbauarbeiten, welche die Universität als Vermieterin besagen Wohnraums vornehmen müsste, würden bei einer zukünftigen Nutzung für den Fachbereich Psychologie ebenfalls anfallen. Der Druck von universitärer Seite auf die BewohnerInnen des Collegium Gentiums lässt auch klar erkennen, dass es hierbei weniger um die Sicherheit der Studierenden als vielmehr um ein Politikum geht. Die lokale Politik, die Studierendenschaft und die Bevölkerung Marburgs sind gefordert diesen Freiraum politischen Denkens zu erhalten und zu verteidigen. (mg/ro)

Anzeige



# unsere zeit

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

UZ - Zeitung der DKP

**Abo & Information**  
**CommPress Verlag,**  
**Hoffnungstr. 18, 45127 Essen**  
**Tel: 0201 24 86 482**  
**E-Mail: UZAbo@t-online.de**

**Name:** \_\_\_\_\_  
**Vorname:** \_\_\_\_\_  
**Straße:** \_\_\_\_\_  
**PLZ/Ort:** \_\_\_\_\_

Die UZ muss Wochenzeitung bleiben!

## Chávez: „Kapitalismus muss auf dem Weg des Sozialismus überwunden werden“

Das sagte wörtlich der Präsident Venezuelas Hugo Chávez auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre am 30. Januar 2005. Damit hat er sich zum ersten Mal offen zum Sozialismus bekannt. Vieles wurde schon erreicht in Venezuela, seit Chávez die Präsidentschaft übernommen hat. Die Privatisierungen öffentlichen Eigentums wurden gestoppt, genauso wie die Entdemokratisierung und der Bildungsabbau. Während in Deutschland die Anzahl der Schulabgänger, die nicht richtig lesen und schreiben können, steigt, werden in Venezuela Millionen von Menschen alphabetisiert. Hier wird die Gesundheitsversorgung privatisiert (wie z.B. im Moment die Uniklinik hier in Marburg), dort wird mit dem Projekt "Barrio Adentro" eine kostenlose medizinische Betreuung eingerichtet. Hier werden Studiengebühren eingeführt, dort werden sie abgeschafft und ein breites Stipendensystem eingeführt. Hier werden Soldaten in grundgesetzwidrige Kriegseinsätze geschickt, dort ist das Recht auf ein Leben in Frieden in der neuen, im Jahr 2000 beschlossenen Verfassung verankert. In der BRD werden Bürgerrechte beschnitten, während

Venezuela den demokratischen Prozess auf alle Bürger ausweitet.

Chávez sagte in seiner Rede, er sei überzeugt, „dass es möglich ist, den Kapitalismus auf dem Weg des Sozialismus zu überwinden, ohne dabei auf die Demokratie zu verzichten“. Dabei hat er keine starre Vorstellung von dem, wie Sozialismus genau aussehen muss. „Denn was wir



in Venezuela in aller Bescheidenheit machen, ist nicht mehr als ein Experiment. Und wie jedes Experiment muss es immer genau überwacht werden. Es muss geprüft werden, wie das Experiment verläuft, genauso, als wenn wir in einem Labor chemische Experimente machen würden. Es ist ein Experiment, eine Probe, und offen für alle die wunderbaren Erfahrungen, die in der Welt gesammelt werden“, so Chávez.

Und bisher verläuft das bolivarianische Experiment mehr als gut: Die venezolanische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr, so führt Chávez stolz aus, um 20% gewachsen, die Arbeitslosigkeit sank um 9 Prozentpunkte, auch die Inflation scheint Venezuela in den Griff zu bekommen.

Wie gut das bei den Menschen ankommt, zeigen die Wahlergebnisse: nicht nur bei dem Referendum, mit dessen Hilfe die Opposition Chávez stürzen wollte, nachdem es mit dem Putsch nicht geklappt hatte, siegte die revolutionäre Regierung klar. Bei den Regionalwahlen im Oktober letzten Jahres wurden 22 von 24 Gouverneure und 80% der Rathäuser gewonnen.

**Rosa Schwenger**

### KULTUR

## Wie klingt der Kommunismus?

Diese etwas reißerische Überschrift lockte am 7. Februar, etwa 60 BesucherInnen in die von den Hochschulgruppen *Sozialistisch Linke* und *Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.* organisierte Veranstaltung mit dem Musikjournalisten und Buchautor *Martin Büsser* in das Café Trauma. Um eines vorwegzunehmen – wie der Kommunismus nun klingt, blieb offen. Eine Beantwortung dieser Frage war auch nicht zu erwarten gewesen. In Zeiten, wo der Kommunismus als reales gesellschaftliches Projekt ferner denn je erscheint, kann es für eine Linke zunächst nur darum gehen, mit Musik konkret-utopisches Denken zu bewahren. So wenig wie es jedoch die Linke gibt, ist auch die Rezeption von (Pop-)Musik innerhalb der linken Strömungen verschieden. Im Kern ging es immer um die Frage, ob linke, kritische Musik sich lediglich über die Textebene definieren läßt oder aber mit Adorno eine materialästhetische Abweichung vom Mainstream impliziert sein muß. Erstere Position ist von Franz-Josef Degenhardt mit dem Slogan „Musik ist nur

Krampf im Klassenkampf“ prägnant zusammengefaßt worden. Büsser veranschaulichte die Polarisierung anhand der Reaktionen auf einen Auftritt von Amon Düül in der Hochphase der 68er-Bewegung. Die einen hielten die textlose, frei improvisierte Musik für Dilettantismus, die anderen sahen in dieser eine Antizipation freier Verhältnisse. Jahrzehnte später auf dem Festival des politischen Liedes 2004 konnte man ähnliche Diskussionen verfolgen. Die Frankfurter Gruppe *Arbeit* hatte zwar textlich eins zu eins alte Arbeiterlieder interpretiert, doch dieses in einem elektronischen Gewand. Schnell wurde der Vorwurf erhoben, das sei keine Musik, sondern Knöpfchendreherei.

Beide Ansätze bergen in sich Gefahren, ihre emanzipativen Potenziale zu verlieren. Eine rein materialästhetische Rezeption sieht sich schnell damit konfrontiert, als elitär verschrien zu sein. Songs, die zwar eher von als links eingestuftem Interpreten zum besten gegeben werden, sich aber musikalisch kaum von Radio-Musik unterscheiden, kön-

nen dagegen auch von Rechten gehört werden. Ein Problem mit dem sich nicht nur *Die Toten Hosen* rumschlagen müssen. Der u.a. für *junge Welt* und *konkret* schreibende Referent betonte, daß ein linker Rezipient auf den Kontext achten müsse, in dem der/die MusikerIn sich bewege. Also auf welcher Plattenfirma veröffentlicht, welcher Distributionsweg benutzt wird, wie und wo er/sie sich äußert, welche Soli-Konzerte gespielt werden u.v.m. Wenn dieser Kontext sich, so Büsser, verändere, könne es unter Umständen unmöglich werden, die entsprechende Band weiter zu hören. In der Diskussion wurde daraufhin eingewandt, daß dies nicht so sein müsse, da gerade das Internet die Musik weitgehend ohne Kontext „präsentiere“. Spätestens hier wurde deutlich, daß es die linke Musik und Rezeption nicht gibt, sondern sehr verschiedene Zugänge und Mittelwege denkbar sind. Die deutlichen Sympathien bei den ZuhörerInnen für die Interpretation der *Internationale* der bereits erwähnten *Arbeit* sprachen für sich. (pe)

Anzeige

Schluss mit lustig  
Wer nicht ausbildet wird enteignet!

ASA!

>> Qualifizierte Ausbildung für alle!  
>> Ein Einkommen zum Auskommen!  
>> Übernahme im erlerten Beruf!

Eine Broschüre der  
Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend  
Zu beziehen über: SDAJ Marburg, c/o Jugendzentrum Compass, Deutschhausstr. 29a, 35037 Marburg, SDAJmarburg@web.de

SDAJ

## Termine

### Mitgliederversammlung der DKP Marburg

- Di., 01.03.05, 20 Uhr
- Schwanhof, Marburg

Themen unter: Info@DKP-Marburg.de

### Weg mit den Berufsverboten!

- Mi., 09.03.05, 20 Uhr
- JuZ, Bad Nauheim, Johannes-Str. 5

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit:  
Michael Csaszókóczy, Heidelberg  
Willi van Ooyen, Frankfurt

### Internationale Irak-Konferenz

- Sa., 12.03.05, 10 Uhr
- Hendrik-Kraemer-Haus,  
Lindenstraße 85, Berlin

mit internationalen Referenten

Panel I: Frieden für einen freien Irak

Panel II: Besatzungsrealität, Widerstand und Auswirkungen auf die Region

Panel III: Keine deutsche Unterstützung der Besetzung im Irak!  
Perspektiven der Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Islamfeindlichkeit >> [www.irakkonferenz.de](http://www.irakkonferenz.de)

### DKP-Bildungsabend: Imperialismus

- Di., 15.03.05, 20 Uhr
- Schwanhof, Marburg

### Demo: Für ein friedliches & soziales Europa

- Sa., 19.03.05
- Brüssel

### Ostermärsche

- 25. - 28.03.05

## MARXISTISCHE BLÄTTER # 1/05

Anzeige

Thema: **Klassengegensätze – sozialer Protest**

Soziale Ausgrenzung und politischer Protest (Werner Seppmann) • Folgt der sozialen die politische Polarisierung? (Ekkehard Lieberam) • Ein neuer Stern am Firmament sozialer Bewegung? Zu Struktur, Funktionsweise und Praxis von ATTAC (Peter Wahl) • Die Gewerkschaften in der Klassenaueinandersetzung um die „Marktreform“ (Herbert Münchow) u.v.m. • 112 Seiten • 7,50 €  
Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, NeuImpulse@aol.com

### IMPRESSUM

#### Marburger Echo

- [www.marburger-echo.de](http://www.marburger-echo.de)
- [info@dkp-marburg.de](mailto:info@dkp-marburg.de)

#### Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

#### V.i.S.d.P.:

Herwig Selzer,  
Am Kupfergraben 6,  
35037 Marburg

#### Layout: compay

**Auflage:** 1000 Ex., Eigendruck  
**Erscheinen:** vierteljährlich  
**nächste Ausgabe:** Mai 2005  
**Redaktionsschluss:** 15.04.05

#### Treffen der DKP Marburg:

jeden ersten Dienstag im Monat,  
20 Uhr, Schwanhof,  
Schwanenallee 27-31

#### Spenden für das „Echo“:

E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070, Sparkasse  
Gießen (BLZ: 51350025),  
Verwendungszweck: Marburger Echo

# DKP

[www.dkp-marburg.de](http://www.dkp-marburg.de) • [www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)